

Worthaber sind Machthaber. Überlegungen zur Semantik, Rhetorik, Temporalität und Entscheidungskultur von Revolution und Krieg¹

Wolfram Pyta

I.

Der Zusammenhang von Revolution und Krieg ist ein heuristisch ergiebiges Thema, das in dem vorliegenden Sammelband einer Exploration anhand von Einzelbeispielen aus der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts unterzogen wird. Schließlich durchzog eine Kette revolutionärer Konvulsionen und Revolutionskriegen Europa seit der Französischen Revolution von 1789. Die revolutionären Umwälzungen der Jahre 1848/49 durchpflügten halb Europa; die Pariser *Commune* als Folge des Deutsch-Französischen Kriegs sandte 1871 ein revolutionäres Fanal aus; und Weltkrieg und Kriegsniederlage bescherten sowohl dem russischen Zarenreich als auch dem Deutschen Kaiserreich 1917/18 eine revolutionär gezeugte neue Ordnung.

Doch wie fängt man den dynamischen Nexus dieser beiden Grundphänomene der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts in systematischer und begrifflicher Hinsicht ertragreich ein? Ein marxistisch inspirierter Ansatz hilft hier nicht weiter. Zwar hatte Karl Marx in seiner permanenten Theoriearbeit zunehmend Abstand von einer Revolutionsvorstellung nach dem Modell der Französischen Revolution genommen und stattdessen eine soziale Revolution struktureller Art als Langzeitperspektive antizipiert, fiel jedoch in seinen Kommentaren zur politischen Entwicklung doch immer wieder in eine Naherwartung eines plötzlichen Umsturzes zurück.² Die stark vereinfachte Ver-

¹ Den hier titelgebenden Begriff „Worthaber“ verdankt der Verfasser einem Beitrag von Reinhard Mehring: Überlegungen zur Aktualität Carl Schmitts, in: Juristen Zeitung 76 (2021), S. 745–751, hier S. 748.

² Vgl. Herfried Münkler: Marx, Wagner, Nietzsche. Welt im Umbruch, Berlin 2021, S. 572–533, S. 540–572 und S. 603–607; zu den Problemen der Marx'schen wie der marxistischen Revolutionstheorien: Robin Celikates/Daniel Loick: Revolution, in: Michael Quante/David P. Schweikard (Hg.): Marx-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung, Stuttgart 2016, S. 253–265.

sion der marxistische Denkschule dagegen brachte zwar Revolution und (Bürger-)Krieg in einen unauflösbaren Zusammenhang,³ doch erkaufte sie dies mit einem deterministischen Geschichtsmodell: Demnach resultierte eine Revolution und in deren Gefolge ein Bürgerkrieg um die Herrschaftspositionen zwangsläufig aus der geschichtlich unvermeidlichen Zuspitzung des Klassenkampfes. Doch allein die Revolutionen als Folge des Ersten Weltkriegs zeugen davon, dass diese eben nicht dem Skript des Marxismus folgten, sondern spezifischen historischen Konstellationen anderer Art. Eine grundlegende historisch-systematische Konstellationsanalyse liefert der Beitrag von Jörn Leonhard in diesem Band, der als Einführung in die dynamische Beziehungsgeschichte von Krieg und Revolution in der neuzeitlichen Geschichte Europas fungiert. Leonhards Problemufriss legt souverän die Relation zwischen diesen beiden historischen Faktoren frei und schärft nicht zuletzt den Blick dafür, wie sehr Kriege und Revolutionen gerade in ihrer dynamischen Interaktion etablierte Legitimationsmuster politischer Herrschaft erschütterten. Insofern führt Jörn Leonhards Beitrag in eine Kernfrage neuzeitlicher Geschichte ein. Sein Beitrag liefert daher die thematische Grundlegung des vorliegenden Bandes.

Die folgenden Ausführungen beschränken sich daher darauf, bestimmte Aspekte aufzugreifen, die in weiteren Beiträgen dieses Sammelbandes thematisiert werden. Diese werden vertieft und annäherungsweise in ihrer Tragfähigkeit durch Anwendung auf weitere Fälle geprüft. Die hier versammelten Beiträge sind überwiegend aus dem Kontext einer vom Herausgeber veranstalteten Tagung an der Universität Stuttgart im Dezember 2019 hervorgegangen.

II.

Kriege und Revolutionen scheinen unentbehrliche zeitliche Markierungen zu bilden, um sich im verwirrenden Fluss der Geschichte zu orientieren. Die Französische Revolution gilt in politikhistorischer Perspektive als Durchbruch zur Moderne und wird als chronologische Epochenscheide zwischen Früher Neuzeit und Neuzeit eingesetzt. Sie bildet damit den Auftakt für das etablierte Epochenkonzept des „langen 19. Jahrhunderts“, dessen Ende wiederum durch die Revolution 1917 markiert wird.⁴ Die Revolutionen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts haben der Geschichte ihren Stempel aufgedrückt, indem sie Altes vergehen

³ Wilhelm Janssen: Krieg, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hg.): *Geschichtliche Grundbegriffe* Bd. 3, Stuttgart 1982, S. 567–615, hier S. 611 f.

⁴ Vgl. zu diesem Konzept lediglich zusammenfassend: Jürgen Kocka: *Das lange 19. Jahrhundert. Arbeit, Nation und bürgerliche Gesellschaft* (Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte. Zehnte, völlig neu bearbeitete Auflage Bd. 13), Stuttgart 2001, S. 23–40, bes. S. 34;

ließen und Neuem zum Aufstieg verhalfen. Kriege sind der zweite große Marker der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, auch weil sie nicht mehr den Regelfall der Konfliktaustragung in Europa bildeten und sich deshalb besonders deutlich als Ausnahme abzeichneten, während hingegen die Frühe Neuzeit infolge der Staatsbildungsprozesse und konfessionellen Ausdifferenzierung generell einen friedlosen Charakter aufwies.⁵ Wenn man also nach Zäsuren, Umbrüchen und Scheidewegen in der neueren Geschichte fahndet,⁶ dann sind Revolutionen und Kriege beziehungsweise Entscheidungsschlachten⁷ die allerersten Anwärter für derartige ordnungsstiftende Großereignisse. Die ubiquitär verwendete Metapher des Wendepunkts erscheint in historischen Darstellungen immer wieder, um Kriege und Revolutionen zu erfassen und über die Kontinuitäten und Brüche zu reflektieren, die diese Ereignisse jeweils auszeichnen.⁸

An diesem Punkt setzt der Beitrag von Anna Karla ein. Sie weiß sich einig mit einer kulturwissenschaftlich ausgerichteten Geschichtswissenschaft, wenn sie dafür sensibilisiert, dass solche Großereignisse auch ein Akt der Deutung sind. Allerdings erteilt sie mit guten Gründen einem radikalen Konstruktivismus eine Absage und hält daran fest, dass Ereignisse faktualen Status besitzen und damit als solche auffindbar sind. Ihr Beitrag ist somit zu verstehen als ein Plädoyer für „einen methodisch flexiblen Begriff von Ereignis, der die Faktizität von Geschehenem und die Konstruktivität von Gewordenem nicht gegeneinander ausspielt, sondern zusammendenkt“ (S. 80).

Franz J. Bauer: Das „lange“ 19. Jahrhundert (1789–1917). Profil einer Epoche, 3., durchgesehene u. aktual. Aufl. Stuttgart 2010, S. 30–32.

⁵ Vgl. Johannes Kunisch: *La Guerre – C'est moi!* Zum Problem der Staatenkonflikte im Zeitalter des Absolutismus, in: *Zeitschrift für historische Forschung* 14 (1987), S. 407–438; Johannes Burkhardt: Die Friedlosigkeit der Frühen Neuzeit. Grundlegung einer Theorie der Bellizität Europas, in: *Zeitschrift für historische Forschung* 24 (1997), S. 509–574.

⁶ Vgl. Carola Stern/Heinrich August Winkler (Hg.): *Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1990*, Frankfurt a. M. 1994; Hans-Ulrich Wehler (Hg.): *Scheidewege der deutschen Geschichte. Von der Reformation bis zur Wende 1517–1989*, München 1995; Alexander Gallus (Hg.): *Deutsche Zäsuren. Systemwechsel seit 1806*, Köln 2006.

⁷ Vgl. zur Kategorie der Entscheidungsschlacht und ihren Implikationen: Marian Füssel/Michael Sikora: Einführung: Schlachtengeschichte als Kulturgeschichte, in: dies. (Hg.): *Kulturgeschichte der Schlacht*, Paderborn u. a. 2014, S. 11–26, v. a. S. 12–14; Christopher Clark: Welche Bedeutung hat eine Schlacht?, in: ders.: *Gefangene der Zeit. Geschichte und Zeitlichkeit von Nebukadnezar bis Donald Trump*, München 2020, S. 83–106, hier S. 104–106.

⁸ Vgl. grundlegend zur (narrativen) Struktur von Wendepunkten sowie zu diesem selten genauer bedachten Konzept: Andrew Abbott: *On the Concept of Turning Point*, in: *Comparative Social Research* 16 (1997), S. 85–105; hieran anschließend zur Metapher des Wendepunkts und ihren Funktionen Ansgar Nünning/Kai Marcel Sicks: Introduction. Conceptualizing Turning Points: Interdisciplinary Approaches, Metaphorical Implications and New Horizons, in: dies. (Hg.): *Turning Points: Concepts and Narratives of Change in Literature and Other Media*, Berlin 2012, S. 1–28, v. a. S. 12 f.

Die Faktizität der Revolution wird nicht zuletzt durch die Zeitgenossen selbst verbürgt. Insofern wird man Karlas Beitrag auch als Argument für eine Rückkehr zur Perspektive der Zeitgenossen auffassen dürfen.⁹ Es ist die spezifische Zeiterschließung durch Zeitgenossen, die in „zeit-historischer“ Perspektive heuristische Erträge abwirft. Das zeittheoretische Fundament hierfür hat jüngst der Historiker Lucian Hölscher in einer luziden Abhandlung ausgebreitet.¹⁰ Hölscher schärft das Bewusstsein dafür, dass Zukunftsentwürfe von Zeitgenossen in doppelter Hinsicht erkenntnisreich sein können: Zum einen, weil sie Zeitordnungsmuster offerieren, die bei der Vergabe temporaler Signaturen nicht ignoriert werden sollten. Zum anderen lassen sich auf diesem Wege Handlungsmöglichkeiten ausloten, die den kontingenten Charakter der Geschichte unterstreichen. Handlungsoptionen und Zukunftsvorstellungen, die aus Sicht der Zeitgenossen erfolgsverheißend oder handlungsleitend waren, lassen sich als kontrollierte Gegenprobe zur nachträglichen Einordnung der Vergangenheit durch den besser- und mehrwissenden Historiker einsetzen.

Die Deutungsanstrengungen der Geschichtswissenschaft beziehen sich nicht zuletzt auf die temporale Struktur von Ereignissen – nämlich ihren Beginn und ihr Ende. Dieses Datierungsproblem stellt sich insbesondere in der Revolutionsforschung.¹¹ Dies gilt auch für ein veritables Problem, das sich bei jeder Erfassung eines Großereignisses stellt – das Datierungsproblem. Konkret gefragt: Wann begann die deutsche Revolution, die man als Novemberrevolution 1918 bezeichnet? Tumulte und Unruhen hatte es in Deutschland schon Tage zuvor gegeben; doch wann verdichteten sich diese Vorgänge zu einer veritablen Revolution? Aus der Sicht der Zeitgenossen war es das Überraschungsmoment, das den 9. November als Tag der Revolution adelte – als den Tag, an dem sich die Revolution in ganz Deutschland Bahn gebrochen und die noch verbliebenen Fürstenthone zum Einsturz gebracht hatte. Diese „prinzipielle Unvorhersehbarkeit des revolutionären Moments“ (S. 78) wird man auch als unwiderlegbaren Ausweis des kontingenten Charakters von Revolutionen werten können. Revolutionen fallen nicht vom Himmel; sie kündigen sich durch Gewitterwolken an; aber ob es zu einer revolutionären Entladung von Blitz und Donner mit anschließendem Starkregen kommt oder ob sich das Gewitter doch mit moderatem Donnergerollen verzieht, ist in die Unwägbarkeit des historischen Geschehens gestellt.

Die temporale Konturierung von Revolution und Krieg besitzt auch – und dies ist ein Hauptaspekt der Ausführungen von Anna Karla – vermögensrechtliche Aspekte. Sie zeigt in ihrem Beitrag auf, wie die Frage nach der Entschädigung

⁹ In diese Richtung argumentiert auch Anna Karla: *Controversial Chronologies: The Temporal Demarcation of Historic Events*, in: *History and Theory* 60 (2021), S. 134–149, v. a. S. 149.

¹⁰ Lucian Hölscher: *Zeitgärten. Zeitfiguren in der Geschichte der Neuzeit*, Göttingen 2020.

¹¹ Vgl. Karla, *Controversial Chronologies*, S. 144.

der durch Krieg und Revolution entstandenen Verluste an eine präzise Definition des Beginns und Endes solcher schadensverursachenden Großereignisse gebunden ist. Insbesondere für die Erhebung der Reparationen stellte die chronologische Festlegung einen diplomatisch durchgeführten Aushandlungsakt dar, der im Schoße eines Expertengremiums – der Reparationskommission – am 14. April 1921 zu Ende gebracht wurde. Dabei ist bemerkenswert, dass die Deutungshoheit über das Datum des Kriegsbeginns – der mit erheblichen finanziellen Folgen für die deutsche Verliererseite verbunden war, die Reparationen zu leisten hatte – nicht von den Siegern einseitig dekretiert werden konnte. Die zeitliche Fixierung des Ereignisses „Krieg“ blieb letztlich ein quellengestützter, rechtstechnisch belastbarer Akt – und auch dies ist ein Beleg dafür, dass Großereignisse wie ein „Krieg“ nicht allein der Macht von Deutungshegemonien entspringen frei nach dem Motto: „Stell Dir vor, es ist Krieg – und niemand bekommt es mit!“¹²

Revolutionen sind damit ein untrüglicher Indikator für den kontingenten Status von Ereignissen. Die begriffliche und methodische Einordnung des Unerwarteten und Überraschenden in der Geschichte hat das Interesse vieler Kulturwissenschaften auf sich gezogen und sich unter anderem in der Schriftenreihe „Kontingenzgeschichten“ niedergeschlagen.¹³ Die Akzentuierung der Kontingenz sensibilisiert dafür, dass das reale historische Geschehen nicht das einzig mögliche war und dass das historisch Eingetretene nicht selten dasjenige war, was die Zeitgenossen gerade nicht vorhersagten. Für den genuin geschichtswissenschaftlichen Umgang der Schlüsselkategorie „Kontingenz“ ist viel gewonnen, wenn man „Ereignis“ und „Kontingenz“ in Beziehung setzt, indem man eine Typologie kontingenter Ereignisse entwickelt. Der Beitrag von Lucian Hölscher in diesem Band weist mithin der Geschichtswissenschaft *in toto* wertvolle heuristische Anregungen.

Hölscher offeriert drei Typen kontingenter Ereignisse, mit deren Hilfe sich Revolutionen und Kriege kategorisieren lassen. Lucian Hölscher erhebt die Erwartungshaltung der Zeitgenossen zum zentralen Kriterium für diese Typologisierung. Am weitesten entfernt davon sind Ereignisse, die über eine Zeitgenossenschaft hereinbrachen, die dafür nicht gewappnet war. Ihr fehlte das erwartungsmäßige Rüstzeug; und so wurde sie gewissermaßen überrumpelt. Nur überraschend, aber nicht aus heiterem Himmel kamen Ereignisse, deren potentiell Eintreffen zwar in den Erwartungshorizont eingestellt wurde, aber deren Realisierung als überaus unwahrscheinlich galt. Den letzten Typus bildet eine Klasse von Ereignissen, die im Prognosehaushalt der Zeitgenossen einen festen

¹² Damit wird ein Motto der „Friedensbewegung“ in der Bundesrepublik abgewandelt: „Stell Dir vor, es ist Krieg – und keiner geht hin“.

¹³ Frank Becker, Stefan Brakensiek und Benjamin Scheller geben diese inspirierende Schriftenreihe im Campus-Verlag heraus.

Stellenwert besaßen, die aber in anderer Form und unter anderen Umständen als erwartet das Licht der Welt erblickten.

Lucian Hölscher erhebt die Reflexion der Zeitgenossen zum zentralen Indikator dafür, welchen Kontingenzstatus Ereignisse besitzen. Diese methodische Prämisse übernimmt Sebastian Rojek in seiner Analyse der Dolchstoßlegenden in der Dynamik von Erfahrung und Erwartung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Sein Beitrag lässt sich auch als quellengesättigte Probebohrung darüber verstehen, wie politikmächtig eine „Bestätigungserfahrung vormaliger Befürchtungen“ (S. 103) sein konnte. Bei diesen Befürchtungen handelt es sich um kontingente Ereignisse, die nach der Hölscher'schen Kategorisierung dem zweiten Typus zuzurechnen wären: Ereignisse, die als prinzipiell möglich galten, aber deren Eintreffen als unerwünscht und damit zu vermeiden galt. Gemeint ist in diesem Fall die militärische Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg.

Wenn Zeitgenossen bereits während des Krieges – und dies zu einem Zeitpunkt, als kein mächtiger Diskurs über die Unvermeidlichkeit der Niederlage vorhanden war – die Möglichkeit einer Niederlage in ihren Erwartungshorizont aufnahmen, gewannen sie politische Deutungshoheit für den Fall, dass das Unerwartete und Unerwünschte wirklich eintrat. Damit verliehen sie einem Narrativ eine Durchschlagskraft, das zu den wirksamsten Geschossen zählte, das auf die erste deutsche Demokratie abgefeuert wurde: die „Dolchstoßlegende“, also die Meistererzählung, dass die Niederlage im Weltkrieg auf das Versagen der in der Heimat wirkenden Kräfte zurückzuführen sei.

Rojeks Argument lautet mithin, dass es der spezifische Kontingenzstatus einer bereits im Weltkrieg konstruierten Möglichkeitserzählung über die Ursachen einer deutschen Niederlage war, der nach dem Krieg die Suche nach diesen Ursachen in eine bestimmte Richtung lenkte und vorstrukturierte. Es ist dabei zu betonen, dass solche für den Fall einer Niederlage nützlichen narrativen Rückfallpositionen keineswegs dem Erwartungsmanagement der politischen und militärischen Führung des Deutschen Reichs entsprachen. Diese setzte vielmehr darauf, den Durchhaltewillen der Bevölkerung zu stärken, weswegen jeder Anschein von Defaitismus vermieden werden musste: „Das auf einen Kriegserfolg ausgerichtete Erwartungsmanagement zog einer Kommunikation von Enttäuschung oder Zweifeln enge Grenzen, gerade weil die gesamte Kommunikation über die Erwartungen an den Kriegsausgang selbst als Teil des Kriegseinsatzes begriffen wurde.“ (S. 110) Wer am deutschen Siegeswillen Zweifel nährte, der verstieß damit gegen den staatlich verordneten Erwartungsimperativ.

Diese kommunikative Ächtung schuf die Grundlage dafür, die Möglichkeit einer Niederlage allein auf das vermeintliche Versagen der Heimat zurück zu führen. Damit war zugleich eine argumentative Strategie bei der Hand, um jede riskante militärische Entscheidung mit desaströsen politischen Folgen zu legitimieren. Dies zeigt Sebastian Rojek am Beispiel der Entscheidung für den uneingeschränkten U-Bootkrieg, die am 9. Januar 1917 auf Druck der Obersten Heeresleitung und der Seekriegsleitung getroffen wurde. Dieses militärische Vabanque-

Spiel, das den Kriegseintritt der USA sehenden Auges provozierte, sollte hinsichtlich seiner Auswirkung auf den Ausgang des Krieges von hasardeurhaftem Spielertum dadurch gereinigt werden, dass für den Fall, dass England nicht durch den Einsatz deutscher U-Boote in die Knie gezwungen werden sollte, der Misserfolg bei denen abgeladen wurde, die sachliche Bedenken angemeldet hatten und der zivilen Politik zuzuordnen waren. Als der Krieg verloren wurde, dienten solche Zukunftsaussagen aus dem Krieg selbst als Arsenal, um dort semantische Waffen gegen die Republik zu schmieden. „Die Erfahrung der Niederlage bestätigte oberflächlich besehen diejenigen Erwartungen, die sich bezüglich eines negativen Kriegsausgangs ohnehin schon entwickelt hatten.“ (S. 128)

Sebastian Rojek wirft zudem die Frage auf, ob ein derartiger Einsatz von Erwartungen nicht bei militärischen Niederlagen überhaupt anzutreffen ist. Damit ermuntert er die Forschung dazu, den Blick über Deutschland und die Weimarer Republik hinaus zu richten. Außerdem regt er zu Überlegungen hinsichtlich der sprachlichen Verfasstheit solcher Erklärungsmuster für Niederlagen an. In diesem Sinne spricht vieles dafür, die Formel vom „Dolchstoß“ als typische Toposformel anzusehen – also als ein Argumentationsmuster, das an literarische Vorbilder anknüpft, in der Semantik abrufbar ist und vor allem einen dezidiert pragmatischen Bezug besitzt. Solche Topoi scheinen gerade bei der Bewältigung von Niederlagen zum Einsatz zu kommen.¹⁴

Die Frage nach dem Kontingenzgehalt von Ereignissen ist zugleich mit der Frage nach den Konstellationen des Entscheidens verbunden, wie Lucian Hölscher zeigt (vgl. S. 89 f.). Auch deswegen geraten Krieg und Revolution ins Untersuchungszentrum einer Kulturgeschichte des Entscheidens. Denn in ihnen manifestiert sich Dezision pur, weil ihnen Entscheidungen zugrunde lagen, die von unermesslicher Tragweite waren, weil sie ganze Kontinente verwüsteten oder das Fundament politischer Ordnungen erschütterten. Der Historiker Dieter Langewiesche stellt hierzu nüchtern fest: „Revolutionen und Kriege sind Entscheidungssituationen“.¹⁵

Damit wird eine Brücke geschlagen zum heuristisch überaus ergiebigen Forschungsansatz einer Kulturgeschichte des Entscheidens,¹⁶ die zugleich Anschlüsse an eine historisch informierte soziologische Entscheidungsforschung

¹⁴ Vgl. dazu Ulrich Fröschle: Das andere Deutschland. Zur Topik der Ermächtigung, in: Gunther Nickel (Hg.): Literarische und politische Deutschlandkonzepte 1938–1949, Göttingen 2004, S. 47–85, hier S. 55.

¹⁵ Dieter Langewiesche: Dreiklang Revolution, Krieg und Nation? Annäherungen, in: Ewald Frie/Ute Planert (Hg.): Revolution, Krieg und die Geburt von Staat und Nation, Tübingen 2016, S. 247–265, Zitat S. 265.

¹⁶ Vgl. dazu als Einstieg Ulrich Pfister (Hg.): Kulturen des Entscheidens. Narrative – Praktiken – Ressourcen, Göttingen 2019; Philip Hoffmann-Rehnitz/Matthias Pohl/Tim Rojek/Susanne Spreckelmeier (Hg.): Semantiken und Narrative des Entscheidens vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Göttingen 2021.

ermöglicht.¹⁷ Entscheidungssituationen definieren sich dadurch, dass Entscheidungsträger aus mehreren Handlungsalternativen wählen können. Wenn man den Kontingenzfaktor einfließen lässt, steht die Frage im Vordergrund, inwieweit in das Kalkül, welche der möglichen Optionen aufzugreifen sind, prognostisch und wissensmäßig abgesicherte Vorstellungen über die Folgen der favorisierten Lösung eingeflossen sind. Dabei wird man die Vermutung wagen können, dass Entscheidungen, die einem bestimmten Kontingenzstatus zuzuordnen sind – nämlich Entscheidungen, die auf einer soliden Wissensgrundlage getroffen wurden – keinen Sprung ins Dunkle darstellen. Hier waren sich die Entscheider der Folgen ihrer Entscheidung vor allem deswegen bewusst, weil sie die Entscheidung aus einer Fülle realistischer Alternativen getroffen hatten. Reichspräsident Hindenburgs Entscheidung am 30. Januar 1933, Adolf Hitler mit dem Amt des Reichskanzlers zu betrauen, wird man dieser Kategorie zuordnen können. Zum einen verfügte der zentrale Entscheider Hindenburg im Januar 1933 über mindestens eine Handlungsalternative, die von den zeitgenössischen Akteuren als aussichtsreich angesehen wurde.¹⁸ Zum anderen war Hitler erst nach einer längeren Wartezeit zum Zuge gekommen; noch am 13. August 1932 hatte der Reichspräsident seinen Anspruch auf das Reichskanzleramt ausdrücklich zurückgewiesen. Wenn der Reichspräsident im zweiten Anlauf den NS-Parteiführer zum Regierungschef ernannte, dann hatte er dabei die Folgen seines Tuns intensiv bedacht. Hingegen besitzen Entscheidungen über Fragen, die einen grundlegenden Temporalitätswandel vollziehen, indem sie von einer in weite Ferne gerückten Zukunftsmöglichkeit in den Nahhorizont der unmittelbaren Gegenwart heranrücken, den Charakter des hastig Improvisierten und des unsicheren Navigierens ohne festen Plan. Der Weg zur deutschen Einheit seit Beginn der friedlichen Revolution im Herbst 1989 ist hierfür ein Paradebeispiel.

III.

Kriege wird man im bellizistischen Zeitalter zu jenen Ereignissen rechnen, die zum Regelwerk der internationalen Politik zählten. Im 19. Jahrhundert wurden Kriege in Europa von Kabinettskriegen zu Nationalkriegen, was ihnen eine neue

¹⁷ Besonders anschlussfähig sind die Forschungen des Soziologen Uwe Schimank; vgl. vor allem ders.: *Die Entscheidungsgesellschaft. Komplexität und Rationalität der Moderne*, Wiesbaden 2005 sowie ders.: *Coping: Entscheiden, wenn das kaum noch möglich ist*, in: *Leviathan* 47 (2019), S. 192–213.

¹⁸ Dazu eingehend Wolfram Pyta/Rainer Orth: *Nicht alternativlos. Wie ein Reichskanzler Hitler hätte verhindert werden können*, in: *Historische Zeitschrift* 312 (2021), S. 400–444.

Legitimationsquelle erschloss.¹⁹ Insofern haftete ihnen in jedem Fall bis zum Ersten Weltkrieg der Schein des Erwartbaren, ja des in gewisser Hinsicht Notwendigen an, wenn eine politische Situation als so verfahren angesehen wurde, dass Krieg als der einzige legitime Ausweg erschien. Revolutionen hingegen bilden als politische Eruptionen immer einen Sonderstatus von Ereignissen: Zwar kündigten sich manche so an, wie ein Vulkan aufgrund einer Rauchwolke seinen nahenden Ausbruch anzeigt; aber ob ein Vulkan tatsächlich Feuer speit oder sich mit Rauchzeichen begnügt, ist nicht vorherbestimmt.

Der grundlegende Problemaufriss von Jörn Leonhard setzt nicht zufällig damit ein, dass er mit dem älteren Moltke einen Experten des Krieges zu Worte kommen lässt, der gerade deswegen sensibel dafür war, dass die die Revolution sich im Gefolge des Krieges per Klopfschlag ankündigte. Es war der Reichstagsabgeordnete Moltke, der mit seiner letzten Rede als Parlamentarier die revolutionären Erschütterungen antizipierte, die sich als Folge unkontrollierbarer Volkskriege ankündigten.²⁰

Dass mit der Entfesselung eines Nationalkriegs sozialrevolutionäre Energien freigesetzt werden könnten, war auch Reichskanzler Otto von Bismarck geläufig. Jörn Leonhard zeigt, wie Bismarck daraus für seine politische Strategie Nutzen zog. Die den Zeitgenossen sehr bewusste Verbindung zwischen Nationalkrieg und revolutionärer Konvulsionen der inneren Ordnung ermöglichte es, dass sich Bismarck als Vertreter eines starken Staates profilieren konnte, der imstande war, Kriege um der nationalen Sache willen zu führen und zu gewinnen, ohne dass dies mit dem Preis revolutionärer Erschütterungen im Innern erkaufte werden musste. Doch auch eine noch so ausgefeilte Verbindung von Staatskunst und Kriegshandwerk vermochte nicht das strukturelle Problem zu entschärfen, dass es keine politische Versicherungspolice gegen das Aufflammen revolutionärer Brände im Gefolge von Nationalkriegen gab. Insofern spielten insbesondere politische Ordnungen mit einem Demokratiedefizit mit dem Feuer, wenn sie es – wie im Falle des Ersten Weltkriegs – leichtfertig auf einen großen Krieg ankommen ließen.

Jörn Leonhards Beitrag legt eindringlich frei, wie dieser Krieg „die überkommene Legitimation politischer Ordnung herausforderte“ (S. 64). Vor diesen politischen Stresstest waren auch demokratisch legitimierte Staatswesen wie die Französische Republik gestellt, die im Mai und Juni 1917 durch Meutereien an der Front und durch Streiks einer Belastungsprobe unterzogen wurde. Dass Frankreich diese Krise meisterte, lag nicht zuletzt daran, dass dieses politische System eine Legitimationsreserve aufgebaut hatte, von der sich gerade in Kri-

¹⁹ Grundlegend hierzu ist Jörn Leonhard: *Bellizismus und Nation. Kriegsdeutung und Nationsbestimmung in Europa und den Vereinigten Staaten 1750–1914*, München 2008.

²⁰ Dazu auch Eberhard Kolb: *Helmuth von Moltke in seiner Zeit*, in: Roland G. Foerster (Hg.): *Generalfeldmarschall von Moltke. Bedeutung und Wirkung*, München 1991, S. 1–17.

senzeiten zehren ließ. Anders sah es mit der autokratischen Herrschaft des russischen Zaren aus, die daher schon im Februar 1917 den Herausforderungen des Krieges nicht mehr standhalten konnte und durch eine veritable Revolution beseitigt wurde.

Und auch die monarchische Ordnung in Deutschland überdauerte den Krieg nicht. Gewiss war das Kaiserreich im Innern ungleich gefestigter als das russische Zarenreich.²¹ Es ging am Krieg daher vor allem deswegen zugrunde, weil dieser mit einer verheerenden militärischen Niederlage endete und dadurch die bestehende politische Ordnung beim ersten revolutionären Anstoß ins Wanken geriet. Doch – und dies macht Jörn Leonhard deutlich – konnte die militärische Niederlage nur deswegen solche Folgen nach sich ziehen, weil die „Erosion der politischen Legitimation seit 1916/17“ (S. 67) die innere Ordnung bereits ausgehöhlt hatte. Daher konnten Befehlsverweigerungen bei der Marine und beim Heimatheer innerhalb weniger Tage im November 1918 die deutschen Fürsten von ihren Thronen jagen.

Die Novemberrevolution in Deutschland eignet sich auch dazu, die Frage nach dem Kontingenzstatus solch grundstürzender Zäsuren zu untersuchen. Die in letzter Zeit wieder an Fahrt aufnehmende Revolutionsforschung²² hat deutlich gemacht, dass die Revolutionäre im November 1918 über keinen Masterplan verfügten, als sie binnen weniger Tage die Monarchie zum Einsturz brachten. Doch nach dem für alle überraschenden Ende der Monarchie konnte sich im Verlaufe der folgenden Monate eine revolutionäre Eigendynamik Bahn brechen, die sich durchaus an Aktionsmuster historischer Vorbilder anlehnte. Benjamin Ziemann bereichert in seinem Beitrag die Forschung dadurch, dass er nach der Handlungsmacht revolutionärer Rhetorik in der Hochphase der Revolution fragt. Rhetorische Selbstmobilisierung ist essentieller Bestandteil revolutionärer Handlungsanleitung; und daher ist eine kultur- und literaturwissenschaftlich vertiefte Analyse revolutionärer Rede auch ein Königsweg, um der uns hier leitenden Frage nach Kontingenz einschränkenden Handlungsvorbildern nachzugehen.

Ziemanns Beitrag ist ein Lehrstück, wie Politik- und Kulturgeschichte kreativ miteinander verflochten werden können. Die radikale Linke musste die Novemberrevolution weitertreiben, weil die Revolution nur die Fürsten vom Thron vertrieben, nicht aber die kapitalistische Wirtschaftsordnung angetastet hatte. Insofern zeugte ihr Drängen auf eine zweite, eigentliche Revolution von der Orientierungsmacht ihrer marxistischen Weltanschauung und entsprach damit dem Kern der Schriften, in denen die Überwindung des Kapitalismus auf revolutionärem Wege mit wissenschaftlichem Anspruch untermauert worden war. In

²¹ Eine Bilanz der Forschung zum Deutschen Kaiserreich bei Andreas Braune u. a. (Hg.): *Eignigkeit und Recht doch Freiheit?*, Stuttgart 2021.

²² Vgl. als Überblick über den Stand der Forschung Andreas Braune/Michael Dreyer (Hg.): *Zusammenbruch, Aufbruch, Abbruch? Die Novemberrevolution als Ereignis und Erinnerungsort*, Stuttgart 2019.